

21.7. 2015

Vorschlag für ein

## **Deutschland-Manifest der AfD**

dem LPT in Pforzheim vorgelegt

von Wolfgang Gedeon

### **Verhindern wir die Katastrophe, in die uns die Berliner Politik hineinsteuert!**

Politisch steuern wir sehenden Auges in drei große Katastrophen: in die erste durch die Griechenland-Euro-Rettung, in die zweite durch die Ukraine-Krise und in die dritte durch die Massenzuwanderung aus Osteuropa, Nahost und Afrika. Die Euro-Rettung führt zum wirtschaftlichen Ruin Deutschlands, die Ukraine-Politik zum Krieg mit Russland in Europa, und der Flüchtlingsstrom zu Chaos, Terrorismus und Bürgerkrieg.

#### **Griechenland-Euro-Rettung**

86 Milliarden € für ein drittes Griechenland-Hilfspaket: Schon nach dem ersten hieß es, es würde kein zweites folgen; nach dem zweiten, es würde kein drittes folgen; beim vierten wird man sagen, es werde kein fünftes geben usw. – bis irgendwann auch in Deutschland griechische Verhältnisse herrschen! Der Grexit ist freilich nicht die Lösung, weil schon bald der Austritt Portugals, Spaniens und anderer aus der Eurozone folgen müsste.

- Die Lösung ist der Dexit: der Austritt *Deutschlands* aus dem Euro, die Rückkehr zur D-Mark! Durch voraussichtlich starke Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Euro würde unsere Export-Industrie kurzfristig beeinträchtigt, angesichts extremer Überschüsse wäre dies aber verkraftbar und im Hinblick auf die innere volkswirtschaftliche Balance bis zu einem bestimmten Punkt sogar sinnvoll. Gleichzeitig würden die Importe im gleichen Maß billiger und unsere durch die Euro-Rettung aufgelaufenen Mega-Schulden in Euro deutlich minimiert.

#### **Ukraine-Krise**

Die US-Amerikaner rüsten die Ukraine gigantisch auf. Sie führen gewaltige Manöver in Polen und im Baltikum durch, dazu Seemanöver, zusammen mit der türkischen Flotte, vor der russischen Haustür im Schwarzen Meer! Nicht russische Flugzeuge fliegen an der amerikanischen, sondern amerikanische an der russischen Grenze, und es geht nicht um eine Westerweiterung Russlands, sondern um eine aggressive Osterweiterung von NATO und USA, die früher oder später nicht zu einem kalten, sondern zu einem heißen Krieg mit Russland führen wird.

Um ihre geopolitische Supermachtposition zu behalten, müssen die US-Amerikaner verhindern, dass Europa und Russland zusammenwachsen. Sie brauchen den Zwist, die Spaltung, ja den Krieg zwischen Russland und Europa, um hier weiterhin eine politische Rolle spielen zu können. Wir Europäer aber brauchen die Zusammenarbeit und den Frieden mit Russland.

- Deshalb lehnen wir die Wirtschaftssanktionen gegen Russland entschieden ab.

- Auch TTIP, TiSA und ähnliche Freihandelsverträge, die uns wirtschaftlich noch enger mit den USA verbinden, wollen wir nicht, solange diese ihre europafeindliche Ukraine-Russland-Kriegspolitik betreiben.
- Stattdessen wollen wir eine Freihandelszone mit Russland, von Lissabon bis Wladiwostok, nicht nur weil sie uns wirtschaftlich voranbringt, sondern noch mehr, weil sie auch den europäisch-russischen Frieden fördert und in diesem Sinn Friedenspolitik für Europa darstellt.
- Darüber hinaus wollen wir - entsprechend dem Geist der Verträge zur deutschen Wiedervereinigung - keine NATO-Manöver mehr östlich der Elbe! Deutschland soll an solchen nicht nur nicht teilnehmen, sondern sie aktiv zu verhindern suchen, zum Beispiel durch entsprechende Flugverbote über dem deutschen Luftraum und Ähnliches.
- Ferner wollen wir weder in die NATO noch in die EU irgendeinen weiteren Staat neu aufnehmen, schon gar nicht die Ukraine. Diesbezüglich laufende Beitrittsverhandlungen sind umgehend abubrechen.
- Wir verlangen weiterhin Verhandlungen mit den USA mit dem Ziel eines Abzugs amerikanischer Truppen und der Entfernung amerikanischer Atomwaffen aus Deutschland.

### **Die Massenzuwanderung**

Die dritte Megakatastrophe droht durch den Massenzustrom von Flüchtlingen aus Nahost und Afrika und auch aus Osteuropa. Manche sprechen inzwischen von einer „Invasion“ und verweisen auf Flüchtlinge, die plündernd und randalierend auf den griechischen Inseln herumziehen. Heute Kos und Rhodos, morgen Stuttgart und Hamburg? Wir fragen unsere Politiker: „Wie viele Flüchtlinge wollt Ihr denn noch aufnehmen: 1 Million, 2 Millionen, 5 Millionen? Gibt es irgendeine zahlenmäßige Grenze, gibt es überhaupt irgendein Konzept?“

In den Stadtparks unserer Großstädte werden inzwischen Container-Lager errichtet. Turnhallen – der Schulsport fällt aus – werden zu Flüchtlingsheimen umfunktioniert, und Milliardenbeträge in die immer selbstbewusster und oft auch immer aggressiver auftretenden fremden Neuankömmlinge investiert (Nike-Schuhe, Smart phones usw.). Ein 16-Jähriger ohne Begleitperson kostet beispielsweise die Stadt Stuttgart 103.000 € im Jahr. Mit diesem Geld könnte man im Sudan in derselben Zeit ein ganzes Kinderheim betreiben! Wir verschleudern und vergeuden unsere humanitären Ressourcen, die uns dann da fehlen, wo wir sie wirklich bräuchten: In Jordanien werden die Ess-Rationen in den Flüchtlingslagern gekürzt, während sich bei uns Flüchtlinge lautstark in der Tagesschau über schlecht gereinigte Toiletten aufregen.

Die deutsche resp. EU-Flüchtlingspolitik ist eine Kampfansage der politischen Klasse an die eigene Bevölkerung. Sie ist nicht über uns hereingebrochen, sondern gewollt und sogar gesteuert. Inzwischen müssen nicht mehr Schleuser die Bootsflüchtlinge nach Europa bringen – das besorgen jetzt die deutsche Bundesmarine und nicht zuletzt auch US-amerikanische Schiffe! Europa soll staatlich (über die EU) und bevölkerungsmäßig (über die Massenzuwanderung) umgestaltet, destabilisiert und auf den Kopf gestellt werden. Hinter der beabsichtigten totalen Heterogenisierung der europäischen Bevölkerung steht das alte *Teile und Herrsche*-Prinzip: Die herrschenden Cliquen des Westens hoffen, durch eine

Aufspaltung der Gesellschaft in zahlreiche ethno-kulturelle Gruppierungen einen formierten Widerstand der Gesamtgesellschaft gegen die eigene Politik im Keim ersticken zu können. Die Leute sollen sich gegenseitig die Schädel einschlagen, während sich die Machthaber der westlichen Welt, die internationale Finanzoligarchie, die Wall Street-Banker und Hedge-Fonds-Spekulanten mitsamt ihren rot-grünen Hofnarren, den Staat und die Finanzen unter den Nagel reißen: Auflösung der Nationalstaaten, Vernichtung des wirtschaftlichen Mittelstands, totale Multikulturalisierung inklusive eines Ideologie-Diktats mit Genderwahn, „Diskriminierungs“-verboten und dem sog. Kampf gegen den „Rassismus“.

Der Flüchtlingsstrom hat inzwischen ein Ausmaß erreicht, das für Europa und Deutschland wirtschaftlich, sozial und politisch zur Selbstzerstörung führt. Die politische Klasse will sich eine neue Bevölkerung schaffen und nimmt dabei einen Bürgerkrieg in Kauf, im Vergleich zu dem die Unruhen der Pariser Banlieue als Sandkastenspiele erscheinen werden.

- Um solche Katastrophen zu verhindern, fordern wir einen totalen Aufnahmestopp für Zuwanderer und Asylanten. Wir haben einen Asyl-Notstand. Unsere Asyl-Gesetze sind für 1000 oder 2000 Flüchtlinge im Jahr konzipiert, nicht für ein oder zwei Millionen! Das Boot ist nicht voll, es ist übertoll und droht zu sinken! Diese Botschaft muss via Internet-Videos in vielen Sprachen den Flucht- und Immigrationswilligen in aller Welt nahe gebracht werden, *wie das die australische Regierung schon seit einiger Zeit praktiziert.*
- Bereits anerkannten Asylanten ist nur ein zeitlich befristetes Asylrecht (maximal zwei Jahre) zuzugestehen. Sobald sich die Zustände im Herkunftsland bessern, müssen sie rückgeführt werden. Es darf nicht das Ziel sein, Asylanten zu integrieren. Es geht lediglich darum, ihnen zeitlich befristet ein Aufenthaltsrecht mit einer notwendigerweise nur minimalen Versorgung zu gewähren. Abgelehnte Asylbewerber, die nur Bleiberecht haben, müssen innerhalb weniger Monate rückgeführt werden.
- Insgesamt muss das Flüchtlingsproblem vor Ort, im eigenen Kulturkreis geklärt werden. Es gilt, vor allem Saudi Arabien und die Emirate in die politisch-moralische Pflicht zu nehmen: große Territorien, viel Geld und stramm islamisch, somit ideal geeignet für die in ihrer großen Mehrzahl islamischen Flüchtlinge!
- In anderen Staaten Vorderasiens und Nordafrikas sollten wir Übereinkommen mit den dortigen Regierungen treffen, um dort Containerdörfer als Auffanglager zu errichten, in denen ggfs. auch Asylanträge nach Deutschland gestellt werden können. Solche Lager wurden schon vielfach von deutschen Politikern vorgeschlagen, von Otto Schily bis de Maizière. Die totalitäre Zuwanderungslobby in Washington und Brüssel hat freilich immer schnell dafür gesorgt, dass diese Vorschläge spätestens nach zwei Tagen medial entsorgt waren.
- Ausländer, denen eine Verwicklung in Schwerkriminalität oder gar islamistischen Terrorismus nachgewiesen werden kann, müssen umgehend ausgewiesen werden, und gewaltbereite Salafisten gehören nicht „beobachtet“, sondern abgeschoben!
- Um diese Politik umzusetzen, müssen wir strenge Grenzkontrollen einrichten und Grenzzäune bauen, *wie die US-Amerikaner dies an der texanisch-mexikanischen Grenze praktizieren!* Hunderttausende, wenn nicht schon Millionen von illegalen Immigranten müssen dann aufgespürt und abgeschoben werden.

- Schließlich sind die Schengen-Kriterien auszusetzen, die für die gigantische Armutszuwanderung aus Osteuropa verantwortlich sind.

Es ist zu erwarten, dass Brüssel mit allen Mitteln eine solche deutsche Zuwanderungspolitik boykottiert. Wir müssen dann gegebenenfalls gemäß Art. 50 der Europäischen Verträge aus der EU austreten. Auch ist zu erwarten, dass die sog. Antifa bürgerkriegsähnliche Gewaltexzesse inszenieren wird.

- Deshalb ist dringend deren Verbot als krimineller Vereinigung zu fordern. Diese schwarz verummten organisierten Trupps bekämpfen systematisch die Demonstrations- und Meinungsfreiheit und wenden dabei regelmäßig Gewalt an gegen Bürger und Polizisten. Hier ist der Einsatz aller polizeilichen Mittel notwendig und gerechtfertigt. Die parlamentarischen Hintermänner und Hinterfrauen der „Antifa“ in den Fraktionen der Grünen und Linken werden ein großes Geschrei anstimmen – wodurch sie sich freilich offenkundig als Sympathisanten und Kollaborateure dieser polit-kriminellen Gruppierungen outen.

Wer nun sagt: „Das ist alles zu hart“ oder „Das ist gar nicht machbar“, hat sich schon für den Untergang Europas entschieden. Wir haben nicht mehr viel Zeit. Wir können Politik nicht mehr aus dem Bauch heraus, mit Gefühlsethik, an Einzelschicksalen orientiert, betreiben. Wir dürfen uns auch nicht vom pathologischen Altruismus der vielen Gutmenschen anstecken lassen, von denen es gerade in Deutschland so viele gibt. Schon gar nicht sollten wir uns einschüchtern lassen von volksverhetzenden Tiraden gewisser Medien und Politologen mit ihrem stereotypen Ideologieterror: „Fremdenfeind“, „Rassist“, „Menschenfeind“ usw. Wenn wir jetzt nicht eine harte Politik umsetzen, haben wir keine Chance mehr, die große Katastrophe, die uns drohend erwartet, zu verhindern. Wir, das bedeutet: Europa, Deutschland, die deutsche Bevölkerung, unsere Kinder und Kindeskiner, unsere Zukunft!

-----

Dieses Manifest sollte von der AfD auf Bundesebene verabschiedet und dann in allen deutschen Haushalten verbreitet werden. In den größeren Städten unseres Landes sollte damit in den nächsten Monaten die Kultur der Montagsdemonstrationen initiiert bzw. wiederbelebt werden: große Schweigemärsche gegen eine fatale Politik!